

K4-431-2: GRÜN WÄHLEN UND BAYERN LEBEN

Antragsteller*innen KV Starnberg (dort beschlossen am:
24.04.2023)

Von Zeile 431 bis 432:

Wir etablieren und fördern ~~Demokratiebildung~~Demokratie- und Friedensbildung. Um den konstruktiven Umgang mit Konflikten schon in der Schule einzuüben, werden wir eine Servicestelle Friedensbildung in Bayern einrichten. Wir sensibilisieren für Formen und Auswirkungen von Diskriminierung schon in der Ausbildung sowie bei Fort- und

Begründung

Frieden ist einer der fünf Grundpfeiler der Agenda 2030. Ohne Frieden und Gerechtigkeit gibt es keine nachhaltige Entwicklung. (Etwa:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/die-un-nachhaltigkeitsziele-1553514>)

Globale Entwicklungen wie der Klimawandel, Menschenrechtsverletzungen, Ressourcen- und Landkonflikte sowie andere Ursachen von Krieg und Gewalt stellen auch uns in Deutschland vor zunehmende Herausforderungen. Friedensbildung fördert die Entwicklung von Kompetenzen junger Menschen zu einem am Wert der Gewaltfreiheit orientierten, konstruktiven und zivilen Umgang mit zwischenmenschlichen, innergesellschaftlichen und internationalen Konflikten.

(Bundesweites Netzwerk Friedensbildung (Juni 2021): Positionen zur Stärkung der Friedensbildung in der schulischen und außerschulischen Bildung, online:

<https://www.netzwerkfriedensbildung.de/angebote/positionspapier.html>)

Friedensbildung ist Teil einer umfassenden politischen Bildung und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie zeigt Alternativen auf zur Dominanz eines sicherheitslogischen Denkens, das Konflikt ausschließlich als Bedrohung ansieht, der man sich (notfalls unter Einsatz von Gewalt) erwehren muss. Die friedenslogische Perspektive der Friedensbildung verfolgt den Ansatz, hinter dem Konflikt stehende Interessen zu verstehen, konstruktive Lösungen zu suchen und zu innergesellschaftlicher wie internationaler Versöhnung beizutragen.

Das Thema wurde in der aktuellen Legislatur zwar angestoßen, es wurden Anträge dazu gestellt und Gespräche mit dem Beirat der Zentrale für pol. Bildung geführt.

Minister Piazzolo war vom Vorschlag einer Servicestelle Friedensbildung sehr angetan und versprach diese zu unterstützen, allerdings ist bisher nichts passiert. In Baden Württemberg wurde eine derartige Einrichtung von der Grünen Landesregierung 2014 geschaffen.

Unterstützer*innen

Anja Kiemle (KV Starnberg), Heike Mayer (KV Traunstein), Maria Regina Feckl (KV Erding), Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg), Josef Raab (KV Garmisch-Partenkirchen), Stefan Muck (KV Landsberg-Lech)